Ganztagsschulverband - Aktuell, Ausgabe 3/2017

Diesen Newsletter bitte an die Schulleitung und den Ganztagskoordinator / die Ganztagskoordinatorin weiter leiten.

Inhalt

- 1. Bundeskongress des Ganztagsschulverbandes vom 15.-17. November in Berlin
- 2. Vor der Bundestagswahl: Wie Parteien zur Ganztagsschule stehen
- 3. Bildungsmonitor 2017 untermauert Forderungen des Ganztagsschulverbandes
- 4. 550.000 Betreuungsplätze fehlen
- 5. Die 4. JAKO-O Bildungsstudie wurde am 22.06.2017 veröffentlicht
- 6. Buchempfehlung
- 7. Mitglied im Ganztagsschulverband werden

1. Bundeskongress des Ganztagsschulverbandes vom 15.-17. November in Berlin



Wir laden Sie herzlich zum Ganztagschulkongress 2017 ein.

Ganztags(t)räume Wenn Raum und Pädagogik zusammen wirken...

Die Erkenntnis des italienischen Erziehungswissenschaftlers Loris Malaguzzi (1920-1994) der Raum sei der dritte Pädagoge ist für Ganztagsschulen mit ihrem erweiterten Raumbedarf nicht neu. Malaguzzi vertrat die Auffassung, die Mitschüler seien der erste Pädagoge, der Lehrer nur der zweite und der Raum der dritte Pädagoge. Mit "Raum" ist hier beides gemeint, der das Kind umgebenden Schulraum im engeren Sinne und der Sozialraum in der Umgebung der Schule. Mit dem Sozialraum (Lernen vor Ort, Kooperationen) haben wir uns auf vergangenen Kongressen mehrfach befasst. Dem Schulgebäude, dem Raum zum Lernen und insbesondere dem Entwicklungsraum der Ganztagsschulen wollen wir dieses Mal unsere Aufmerksamkeit widmen. Jede Schule braucht den pädagogischen Freiraum zu ihrer individuellen Entwicklung und zur bestmöglichen Förderung der ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen. Ganztagsschulen sind familienfreundlich, sie fördern die Bildungschancen und

ermöglichen erfolgreiches und entspanntes Lernen. Die Fragen: Wie können Ganztagsschulen ihre Potenziale entfalten und die an sie gestellten Erwartungen erfüllen und wie sollte der "Raum" gestaltet werden, stehen im Mittelpunkt unseres Berliner Kongresses.

Weitere Informationen und die Anmeldung zum Kongress finden Sie unter auf unserer Homepage - Kongressprogramm - Anmeldung

2. Vor der Bundestagswahl: Wie Parteien zur Ganztagsschule stehen

Pressemitteilung des Ganztagsschulverbandes zur Bundestagswahl Hofheim, 16.08.2017. Der Ganztagsschulverband fordert bundesweit einheitliche Standards für Ganztagsschulen und appelliert an die Politik, die notwendigen finanziellen Mittel für Bildung und Betreuung bereit zu stellen. Er sieht darin die große Chance, Bildungspotenziale zu aktivieren, Benachteiligungen abzubauen und die Startund Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen weiter zu verbessern. Mit dieser Forderung reagiert der Verband auf die Ergebnisse seiner Wahlprüfsteine, die er in einem Fragenkatalog rechtzeitig vor der Bundestagswahl an die im Bundestag vertretenden Parteien CDU/CSU, SPD, Die Grünen, Die Linke und an die FDP geschickt hat. Die Fragen beziehen sich auf die Bereiche Ganztagsschulentwicklung, Bildungsqualität und Bildungsfinanzierung. "Der Ganztagsschulverband möchte damit den mehr als 16.500 ganztägig arbeitenden Schulen in Deutschland und allen interessierten Gruppen und Personen übersichtlich darstellen, wie die Parteien, die in der nächsten Legislaturperiode möglicherweise die Regierungsverantwortung übernehmen, den Ausbau der Ganztagsschulen vorantreiben wollen", wie Rolf Richter, der Vorsitzende des Ganztagsschulverbandes verdeutlicht.

Was sagen die Parteien zur Ganztagsschule?

Alle Parteien sehen Vorteile in der Möglichkeit, für Kinder und Jugendliche ganztägige Bildung und Betreuung vorzuhalten. Während die CDU/CSU nur Kommunen in finanzkritischer Lage finanziell unterstützen möchte, sprechen sich SPD, Grüne, FDP und die Linke für eine stärkere Beteiligung des Bundes an der Bildungsfinanzierung aus. Um die Vereinbarkeit von Schule und Beruf zu gewährleisten, setzen drei der fünf Parteien auch auf die Verwirklichung eines Rechtsanspruches aller Kinder auf einen Platz an einer gebunden Ganztagsschule. Die CDU/CSU setzt auf freiwillige Nachmittagsangebote. Für die Grünen ist ein Rechtsanspruch Ländersache. SPD, Grüne, FDP und die Linke sind für die Aufhebung des Kooperationsverbots und damit für die Einbindung des Bundes in die Bildungsfinanzierung. Die CDU/CSU lehnt eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für Bildung ab. Vier der fünf Parteien sehen eine gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen für Bildung. Die CDU/CSU verweist auf die ausschließliche Zuständigkeit der Länder und Kommunen. Die Grünen nennen konkrete Zahlen für anzustrebende Bildungsinvestitionen. **Die**

Ganztagsschule ist mehr als eine verlängerte Halbtagsschule

Laut einer Studie zur Entwicklung der Ganztagsschule (http://www.projekt-steg.de/) bleiben an einer Ganztagsschule weniger Kinder sitzen und in Ansätzen lassen sich bessere Schulleistungen nachweisen. Das bundesweite Forschungsprogramm verdeutlicht, dass Kinder an Ganztagsschulen nachweislich höhere soziale Kompetenzen entwickeln als an einer Halbtagsschule. Dennoch sind die Effekte der Ganztagsschulen auf die schulischen Leistungen weder dezidiert untersucht noch nachgewiesen. Der Ganztagsschulverband führt das auf die vorherrschende politische Praxis zurück, die Ganztagsschule als eine um ein Mittagessen und ein Nachmittagsprogramm erweiterte Halbtagsschule zu betrachten. "Diese eingeschränkte Sichtweise wird dem Anspruch einer zukunftsorientierten Bildungspolitik, die auf eine breite Verbesserung schulischer

Leistungen setzt und die Ausschöpfung der Bildungspotentiale aller Kinder und Jugendlichen im Blick hat, in keiner Weise gerecht", so der Bundesvorsitzende Rolf Richter.

Finanzierungsstreit beenden – einheitliche Standards für Ganztagsschulen sind nötig

Der Ganztagsschulverband mit Sitz im hessischen Hofheim, der seit 1955 die Interessen von

allen ganztägig arbeitenden Schulen in Deutschland vertritt, appelliert an die Parteien, in der neuen Legislaturperiode mehr in die Qualität der Bildung an Ganztagsschulen zu investieren. "Auch wenn es inzwischen in allen Bundesländern Ganztagsschulformen gibt, so sind sie doch noch immer in der Minderheit, unterfinanziert und durch die Schwerpunktsetzung auf die Betreuung in ihrer Bedeutung für die Verbesserung von Bildungschancen völlig unterschätzt", fasst Rolf Richter zusammen. Für die nächste Legislaturperiode des Bundestages nennt er vier grundlegende Aufgaben. Das Kooperationsverbot müsse weg. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, den alle Parteien im Wahlprogramm haben, sei zu wenig, Deutschlands Familien brauchen den Rechtsanspruch auf einen Platz in einer gebundenen Ganztagsschule. Zur Verbesserung der Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler seien einheitliche Qualitätsstandards für Ganztagsschulen aufzustellen. Um Bildung und Betreuung entscheidend zu verbessern, müsse ein Bundesprogramm zum Ausbau der Ganztagsschulen mit dem Schwerpunkt der Verbesserung der personellen Ausstattung der Ganztagsschulen aufgestellt und umgesetzt werden. Nachfrage immer noch größer als Angebot

Während sich immer mehr Eltern eine Ganztagsschule für ihr Kind wünschen, können die Länder die Nachfrage nicht erfüllen. Besonders der Wunsch nach einer qualitativ guten Ganztagsschule, an der Unterricht am Vor- und Nachmittag stattfindet, die rhythmisiert ist und ein vielfältiges Personalangebot vorhält, steigt laut einer Umfrage des IFO-Instituts (2015). Die Nachfrage nach Ganztagsschulplätzen übertrifft immer noch das Angebot. Der Ganztagsschulverband fordert die Politik dazu auf, die Wünsche der Eltern erst zu nehmen. https://www.bertelsmann-

stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/wie-eltern-den-ganztag-sehenerwartungen-erfahrungen-wuensche/ Die vollständigen Anworten der Parteien sowie tabellarische Übersichten dazu finden Sie

unter: http://www.ganztagsschulverband.de/downloads/2017-07-23-wps-tabelle-antworten-5-parteien.pdf

Weitere Informationen finden Sie auf der

Homepage des Ganztagsschulverbandes

3. Bildungsmonitor 2017 untermauert Forderungen des Ganztagsschulverbandes



In seinem lesenswerten "Bildungsmonitor 2017" stellt das Institut der deutschen Wirtschaft (Köln) Studien und Daten aus Erhebungen der vergangenen Jahre zu einem vernichtenden Urteil über die Bildungspolitik zusammen. Insbesondere die große Lücke zwischen den bundes- und landespolitisch immer wieder formulierten Intentionen und den in der Realität weiter enorm verbesserungsbedürftigen individuellen und regionalen Bildungschancen wird hier sehr deutlich. So fordert das DIW allein für den Ganztagsausbau jährlich 2,7 Mrd Euro mehr einzusetzen. Im Einzelnen entnehmen wir dem Bericht u. a. folgende dringende Aufgaben:

- 1. Der weitere Ausbau der Förderstruktur in Form von Ganztagsschulen (Alleinerziehende / Bildungsarmut im Blick) muss zügig erfolgen,
- die gebundene Ganztagsschule als bessere Alternative sollte institutionalisiert werden (das ist insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und mit geringeren sozioökonomischen Status notwendig),
- 3. bundeseinheitliche Standards für Ganztagsschulen sind zu definieren,
- 4. der Ausbau der Ganztagsschulen ist so zu steuern, dass überall die außerschulische Betreuung immer an 5 Tagen möglich ist,
- 5. der Ausbau rhythmisierter Ganztagsschulen ist zu favorisieren und
- 6. die Ganztagspädagogik muss in die Lehreraus- und -weiterbildung einbezogen werden.

Den kompletten Bericht erhalten Sie hier: Bildungsmonitor des DIW-Köln

4. 550.000 Betreuungsplätze fehlen

Im Auftrag des Bundesfamilienministeriums ermittelte Prognos die Zahl der fehlenden Betreuungsplätze für Kinder im Grundschulalter. Danach gibt es für 44 Prozent aller Grundschulkinder kein Betreuungsangebot nach dem Schulschluss. Auch von den Eltern, deren Grundschulkinder zurzeit schon nach dem Unterricht betreut werden, geben in einer Studie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums 18 Prozent an, dass das Angebot nicht ausreichend sei. Insgesamt bezifferten die Forscher den Bedarf auf 280.000 Plätze ausschließlich für Kinder, die bisher kein Angebot haben. Für 275.000 weitere Kinder werde ein erweitertes Angebot benötigt. Somit fehle eine Ganztagsbetreuung für 550.000 Grundschulkinder. "Eltern müssen sich auf eine gute und verbindliche Betreuung ihrer Kinder verlassen können", erklärte Familienministerin Katarina Barley (SPD)." In den Wahlprogrammen der Union, der SPD und der Grünen und der Linken wird die Forderung auf einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung für Kinder im Kindergarten und Grundschulalter definiert. "Gute ganztägige Angebote für Kinder sind wichtig für ein gutes Aufwachsen von Kindern, Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Eltern", fügte Barley hinzu. Wir als Ganztagsschulverband begrüßen diese reichlich späte Einsicht sagen aber: Der Weg in die Betreuungsrepublik für Kinder ist uns zu wenig. Kinder brauchen keine Betreuung. Sie brauchen eine lernanregende Umgebung und förderliche, qualifizierte Hilfe wo immer es nötig ist. Dem Schultag eine Betreuungsgarantie hinzuzufügen wird dem tatsächlichen Bedarf auf eine Verbesserung der Bildungschancen aller gesellschaftlichen Teile nicht gerecht. Report downloaden

5. Die 4. JAKO-O Bildungsstudie wurde am 22.06.2017 veröffentlicht

Die "4. JAKO-O Bildunasstudie 2017" mit dem Untertitel "Eltern beurteilen Schule in

Deutschland" zeigt einmal mehr, dass es aus Elternsicht zwar Fortschritte in Bezug auf Ganztagsschulen gibt, aber noch viel zu tun bleibt. Nach wie vor gebe es Deutschland einen viel zu hohen Zusammenhang zwischen Herkunft und Schulerfolg, so Prof. em. Dr. Klaus-Jürgen Tillmann von der Universität Bielefeld und der Ausbau von Ganztagsschulen sei ein wesentliches Element im Kampf um mehr Bildungsgerechtigkeit. Mit 72 % wünschten sich fast drei Viertel der Eltern eine Ganztagsschule für ihr Kind (2014: 70 %). Tatsächlich einen Ganztagsschulplatz haben derzeit jedoch nur 47 % (2014: 39 %). Hier zeige sich eine deutliche Diskrepanz zwischen Elternwunsch und Realität, so Klaus-Jürgen Tillmann. Außerdem sehen Eltern bei den gegenwärtigen Ganztagsschulen teilweise erhebliche Qualitätsdefizite. Zum Beispiel bei der individuellen Förderung, der Hausaufgabenbetreuung, den Gesprächen zwischen Eltern und Pädagogen oder der Verknüpfung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten. Das Ergebnis mache deutlich, dass es nicht nur darum gehe, das Angebot an Ganztagsschulen weiter kräftig auszubauen, sondern auch ihre pädagogische Qualität zu verbessern.

Zur JAKO-O-Studie

6. Buchempfehlung



Der sprichwörtliche "Blick über den Zaun" lohnt sich immer. In unserem Nachbarland, der Schweiz" gibt es ebenfalls die Diskussionnen um Schulqualität und Standards für die dortigen Tagesschulen. Hierzu erschien jüngst das Werk «QuinTaS – Qualität in Tagesschulen und Tagesstrukturen Schweiz» von den Autoren Frank Brückel, Reto Kuster, Luzia Annen und Susanna Larcher. Die Diskussion um Tagesschulen/Tagesstrukturen hat sich in den letzten Jahren intensiviert. Damit Eltern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie entlastet werden, wächst das Angebot für ganztägige Betreuung. Diese Publikation will Schulen dabei unterstützen, die eigenen Strukturen zur Tagesschule auszubauen oder bestehende Tagesstrukturen zu erweitern. Die bestehenden Angebote und Abläufe können mit dem Qualitätsrahmen «Qualität in Tagesschulen/ Tagesstrukturen» (QuinTaS) analysiert und reflektiert werden. QuinTaS besteht aus einem Grundlagenbuch und sechs Arbeitsbüchern. die umfassende

Informationen und Arbeitsmaterialien zu verschiedenen Themen beinhalten.

http://http://www.hep-verlag.ch/quintas

7. Mitglied im Ganztagsschulverband werden



Sofern Sie noch nicht Mitglied in unserem Verband sind, möchte ich Sie über die Aktivitäten unseres Verbandes informieren. Die Ganztagsschule ist das "Projekt der Zukunft" im Bildungsbereich. Die traditionelle Halbtagsschule ist ein Auslaufmodell. Seit über 60 Jahren unterstützt der Ganztagsschulverband die Bemühungen von Schulen auf dem Weg zur Ganztagsschule. Dafür artikulieren wir in unseren bestehenden Landesverbänden, in Gesprächen mit politisch Verantwortlichen und als Bundesverband unsere ganztagsschulspezifischen Vorstellungen deutlich. Vieles haben wir erreicht, doch leider werden unsere Vorschläge nicht immer gehört.

Wir wollen die Diskussion um die Einrichtung, die Fortführung und die qualitative Verbesserung von Ganztagsschulen weiter beleben, eine qualitativ hochwertige und bessere Personalzuweisung an ganztägig arbeitenden Schulen, neue Ansätze, Ideen und Methoden einbringen und mit den Erfahrungen bewährter Modelle in Beziehung setzen und dass das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufgehoben wird, damit der Bund die Länder wieder in der Schulentwicklung unterstützen kann.

Wir laden Sie recht herzlich zur Mitarbeit ein. Wir würden uns natürlich sehr freuen, wenn Ihre Schule oder Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen persönlich unserem Verband beitreten. Ein mitgliederstarker Verband findet eher Gehör bei den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft. Die Mitgliedschaft für Personen, Institutionen und Schulen in unserem Verband kostet im Jahr nur 40,00 Euro. Beachten Sie dazu auch, dass ab sofort Neumitglieder für den verbleibenden Teil des Jahres 2017 nicht nur einen ermäßigten Beitragssatz bezahlen sondern auch die Mitgliederermäßigung bei den Teilnahmegebühren im Rahmen der Kongressanmeldung beanspruchen können. Weitere Informationen und einen Aufnahmeantrag finden Sie auf unserer Homepage, klicken Sie einfach auf den folgenden Link:

Aufnahmeantrag

V.i.S.d.P.

Rolf Richter, 1. Vorsitzender des Ganztagsschulverbandes e.V. Am Kindergarten 2

65520 Bad Camberg E-Mail: richter@ganztagsschulverband.de Homepage: www.ganztagsschulverband.de